



Fotos: dpa

Gestritten wird bei Förderalismusdebatte auch um Hochschulen und Forschungsfinanzierung.

Poker-Spiel

Bund und Länder zocken um den Föderalismus

Bund und Länder steuern auf eine Neuordnung der Bildungs- und Hochschulpolitik in Deutschland zu. In der Bundestaatskommission, die bis Jahresende dem Föderalismus eine neue Gestalt zu geben sucht, zeichnet sich ab, wohin die Reform gehen wird: eine Entflechtung der Zuständigkeiten, eine Verringerung der Macht des Bundesrats und eine Stärkung der Länder. Nicht zuletzt auf dem Feld der Bildungspolitik soll das so sein. Doch zeigt sich auch, dass der Weg dahin schwierig wird.

nerell abgeschafft werden, was bedeutet: adieu Hochschulrahmengesetz. Die Länder beklagen seit langem, dass der Bund nicht nur einen Rahmen gesetzt habe, sondern zu sehr ins Detail gegangen sei. Die Bundesregierung hat „Einsicht gezeigt“: „Die Rahmengesetzgebung verhindert eine klare Zuordnung von Verantwortlichkeit“, sagt Justizministerin Brigitte Zypries (SPD). Ganz ohne zentrale Regeln wird es aber nicht gehen.



Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD)

Zwischen Bund und Ländern wachsen derzeit die Spannungen wieder, nachdem es lange so ausgesehen hatte, dass zu Schulen, Universitäten und Forschungsförderung wohl am ehesten ein Kompromiss möglich wäre.

Das erste „Opfer“ der Reformbemühungen wird aber wohl in jedem Fall die Rahmengesetzgebung des Bundes sein. Sie soll ge-

Es besteht offenbar Einigkeit darüber, den Hochschulzugang, die Abschlüsse und die Rechtsverhältnisse des wissenschaftlichen Personals bundesweit zu regeln – entweder über Bundesgesetze oder durch einen Staatsvertrag zwi-



Jürgen Rüttgers,
CDU-Fraktionschef in
NRW

Fotos: dpa

schen den Ländern. „Mehr ist nicht notwendig“, sagt der frühere Bundesbildungsminister und heutige CDU-Fraktionschef in Düsseldorf, Jürgen Rüttgers. Diese drei Punkte will auch Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn (SPD) zentral regeln.

Streit gibt es um die Studiengebühren: Während sich die Länder einig sind, dass Gebühren künftig allein ihre Sache sein sollen, will Bulmahn an dem Verbot für das Erststudium festhalten, das sie ins Hochschulrahmengesetz geschrieben hat.

Bildungsplanung am Kippen

Mit dem Hochschulrahmengesetz wollen die Ministerpräsidenten auch die gemeinsame Bund-Länder-Bildungsplanung kippen. „Sie ist überholt und wird abgeschafft“, haben sie lapidar beschlossen. Über die Ausbildungsförderung wird weiter debattiert, unklar ist hier noch, ob sie beim Bund bleiben soll oder in Länderhand übergeht.

Der Mainzer Ministerpräsident *Kurt Beck* (SPD) plädiert für die zentrale Lösung, weil es sich um eine Sozialleistung



Kurt Beck,
Ministerpräsident von
Rheinland-Pfalz (SPD)

handele, die unabhängig von der jeweiligen Finanzkraft eines Landes sein müsse. Beck's Stuttgarter Kollege *Erwin Teufel* (CDU) sieht das ganz anders: Die Ausbildungsförderung stehe in engem Zusammenhang mit der Studiengebührenfrage, deshalb sollten die Länder hier das Sagen haben. Unter den Ministerpräsidenten wird nun geprüft, wo die Mehrheit liegt. Damit es keinen „Fördertourismus“ unter Studenten gibt, soll grundsätzlich gelten: Das *Lafög* –

wenn es denn so hieße – wird vom Land bezahlt, in dem das Abitur gemacht wurde.

Uneins bei Forschungsfinanzen

Nicht trennen wollen sich Bund und Länder bei der Forschungsförderung. Allerdings ist hier die Finanzierung in den Ländern umstritten. Beck schlägt vor, die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) weiter gemeinsam zu finanzieren. Das gilt auch für die *Max-Planck*-Gesellschaft (MPG).

Da beide Einrichtungen eng mit den Hochschulen kooperieren, wollen die Länder bei der Entscheidung über Geldflüsse beteiligt sein. Die *Fraunhofer*-Gesellschaft und die *Helmholtz*-Gesellschaft dagegen sollten vollständig vom Bund übernommen werden. Beck: „Da-



Erwin Teufel,
Ministerpräsident von
Baden-Württemberg
(CDU)

mit wird die Verantwortung für universitäre und außeruniversitäre Forschung klarer getrennt.“ Teufel dagegen will nicht den Einfluss auf die außeruniversitäre Forschung verlieren und die gesamte Forschungsförderung als gemeinsame Aufgabe erhalten. Der Grund liegt auch in der regionalen Wirtschaftsförderung, bei der die Institute eine Rolle spielen.

Uneins sind die Länder noch bei der Hochschulbauförderung. Teufel spricht für die reicheren Länder, wenn er die Abschaffung dieser Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe fordert. Zu hoch sei der Verwaltungsaufwand, zudem sei der Aufbau der Hochschullandschaft auch in den neuen Ländern bewältigt. Beck ist eher für die Beibehaltung, auch die Ost-Länder sehen das so. Der Kompromiss könnte eine zeitliche Beschränkung sein. Die Ministerpräsidenten wollen erreichen, dass bis zur Neugestaltung der Finanzbeziehungen von Bund und Ländern (spätestens in 15 Jahren, wenn der Solidarpakt II ausläuft) die jetzigen Bundesmittel gesichert werden und an die Länder fließen. Der Bund hat allerdings in der Haushaltsplanung für die nächsten Jahre die Hochschulbaumittel schon zurückgefahren.

Erich Thies, der Generalsekretär der Kul-



Ortwin Runde,
SPD-Bundesfraktion

tusministerkonferenz, hält es für richtig, die Forschungsförderung weiter Bund und Ländern gemeinsam zu überlassen. „Nur die gemeinsame Finanzierung durch Bund und Länder garantiert die Unabhängigkeit der Forschung“, sagte Thies. Zufrieden sind die Kultusminister auch mit dem Vorschlag der Ministerpräsidenten, Schulthemen nicht mehr in der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung zu besprechen: „Schule ist ausschließlich eine Sache der Länder“, so Thies. Anders als die Ministerpräsidenten es jetzt vorschlagen, könnten sich die Kultusminister jedoch auch vorstellen, das BAföG nicht den Ländern, sondern dem Bund zu überlassen.

Strittiges SPD-Papier

Ob es zu den skizzierten Änderungen auch wirklich kommt, ist allerdings seit Mitte Juni wieder in Frage gestellt. Denn auf der Sitzung der Bundesstaatskommission am 10. Juni legten die SPD-Mitglieder *Volker Kröning* und *Ortwin Runde* ein Papier vor, das für erhebliche Aufregung in den Ländern sorgte. Kröning, einst Senator in Bremen, und Runde, Ex-



Edmund Stoiber,
Ministerpräsident von
Bayern (CSU)

Bürgermeister von Hamburg, wollen an die Stelle der bisherigen Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern, etwa bei der Hochschulbauförderung oder der Wirtschaftsstrukturpolitik, ein neues, wenn auch weniger verbindliches Instrument setzen: „Sofern ein gesamtstaatliches Interesse besteht“, sollten auch künftig Bund und Länder finanziell zusammenwirken, sagt Kröning. Bayerns Ministerpräsident *Edmund Stoiber* (CSU), zusammen mit SPD-Frak-

tions- und Parteichef *Franz Müntefering*, Leiter der Bundesstaatskommission, sagt kategorisch: „Das ist nicht konsensfähig.“ Der Hauptgrund: Das SPD-Papier nennt neben den Kooperationsfeldern Wirtschaft, Agrar, Küstenschutz und Forschung auch die „Fortentwicklung des Bildungswesens“. Das ist ein



Franz Müntefering,
SPD-Fraktions- und Parteichef

neuer, dehnbarer Begriff, der bisher nicht im Grundgesetz steht. Nach Meinung derer, die den Vorstoß ablehnen, würde er dem Bund Tür und Tor für eigene Aktionen in der Bildungspolitik öffnen. Damit werde die Stoßrichtung der Kommissionsarbeit völlig verän-

dert, heißt es. In den Ländern sind Vorgaben wie die Ganztagschulen oder Elite-Unis, die im Hintergrund des SPD-Vorschlags stehen, nicht gern gesehen: Der Bund lockt mit Geld und mischt sich ein, wo er eigentlich nichts zu sagen hat. Laut sagen das zwar nur die Unionsvertreter, aber auch in den SPD-Ländern herrscht Grummeln. Klar ist: Der SPD-Plan würde Bundes-Projekte wie das zu den Ganztagschulen oder der Eliteförderung künftig erleichtern.

Unions-Attacke

Zumindest die Unions-Länder haben nun gegen das SPD-Papier zum Angriff geblasen. Sie setzen beim Spitzenförderungsprogramm von Bulmahn an. Am 17. Juni meldeten bei der Ministerpräsidentenkonferenz in Berlin Regierungschefs von CDU und CSU Bedenken gegen das Vorhaben an. Sie brachten die Frage auf, ob es aus Ländersicht überhaupt noch unterstützt werden soll. Obwohl zunächst zumindest einige CDU-Wissenschaftsminister im Grundsatz schon ihr Plazet gegeben hatten, schwenkten sie am 22. Juni auf Linie ih-



Edelgard Bulmahn,
Bundesbildungsministerin (SPD)

rer Regierungschefs um und lehnten das Vorhaben ab. Sollte der Vorschlag, vor allem die Ausdehnung der Möglichkeiten des Bundes auf die „Fortentwicklung des Bildungswesens“ auf dem Tisch bleiben, wollen die Unionsländer nicht weiter über das Eliteprogramm reden.

Albert Funk, Anja Kühne

Die Autoren sind Redakteure des Berliner Tagesspiegels und dort für die Berichterstattung über Bildungspolitik und die Arbeit der Föderalismuskommision zuständig.

Die Position der GEW zur Föderalismusdebatte finden Sie im Internet unter: www.gew.de